

Ostdeutsche Presse.

Erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Festtagen, je 2-4 Bogen stark.
Wöchentlich drei Gratis-Beilagen: „Bromberger Verkehrs-Zeitung“ (4 Seiten stark),
„Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark), „Illustriertes Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark).
Außerdem „Berlosungsliste“ (14 tzig).

In Bromberg kostet die Zeitung: Abgeholt aus unserer Geschäftsstelle, Wilhelm-Strasse 20,
oder aus einer unserer Ausgabestellen vierteljährlich 1,75 Mark, für 2 Monate 1,20 Mark,
für 1 Monat 0,60 Mark.
Frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mt., für 2 Monate 1,40 Mt., für 1 Monat 0,70 Mt.
Für Auswärts nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen und kostet die Zeitung
vierteljährlich 2 Mark.



Anzeigen nehmen außerhalb sämtlicher Zeitungen an; außerdem Rudolf Mosse, Gaasenstraße 11,
Bogler, G. L. Daube u. Co., sowohl in Berlin als ihren übrigen Nebenplätzen; Bernhard Urbani
in Berlin; Heinrich Eisler in Berlin, Hamburg, S. Salomon, Stuttgart; Sociétés Havas Laffitte
& Co., Paris 8 Place de la Bourse. Alois Herndl, Wien, I. Schulerstraße 14.

Die 7-gelappte Beilage über deren Raum kostet 20 Pf. Arbeitsmarkt 15 Pf.
Neulamen-Zeile 50 Pf. Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Auktions-Anzeigen dieser Zeitung finden
unentgeltliche Aufnahme in dem „Bromberger Straßen-Anzeiger“, welcher täglich an die
Anschlagsäulen geheftet wird.

Unberlangt eingelangte Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn das Porto beigelegt war.

29. Jahrgang.

Unsere Geschäftsstelle besorgt Anzeigen für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag.

29. Jahrgang.

Nr. 10.

Bromberg, Donnerstag, den 12. Januar.

1905.

Der preussische Etat.

Die gestrige erste Sitzung des Abgeordneten-
hauses nach den Ferien galt vornehmlich der Ent-
gegennahme des Etats und seiner Erläuterung
seitens des Finanzministers Freiherrn von Rhein-
baben. Die Vorzüge der Reden des Chefs der
preussischen Finanzverwaltung, den man mit einem
gewissen Recht als den Meisterkünstler Miquels be-
zeichnen kann, sind hinlänglich bekannt. Ganz im
Miquelschen Sinne war es denn auch, wenn Frei-
herr von Rheinbaben als roten Faden durch seine
Finanzrede die Mahnung gehen ließ, Maß zu halten
mit neuen Forderungen; den Anreiz hierzu könnte
die stetige Besserung der preussischen Finanzen
bilden. Dies gründet sich auf die Zunahme der
Eisenbahneinnahmen. Mit Recht sagte der Finanz-
minister, man dürfe nicht auf die hohen Eisenbahn-
einnahmen dauernde Mehrausgaben basieren. Frei-
herr von Rheinbaben hat dringend, vorsichtig zu
sein und z. B. nicht die Beamten zu stetig neuen
Ansprüchen zu ermuntern. Das war ein sehr zeit-
gemäßer Rat. Er schließt aber zwei Verpflichtungen
der Regierung in sich: einmal die, sehr genau zu
prüfen, ob nicht für gewisse Beamtenkategorien eine
Aufbesserung ihrer Bezüge dringendes Erfordernis
ist. Des weiteren aber die Pflicht der Regierung,
zu erörtern, ob nicht auf dem Wege der Vermehrung
der Zahl der Beamten längst über das Ziel, das
jetzthalten richtig wäre, zu weit hinausgegangen
ist. Auf die Stellungnahme des Ministers zu den
Wünschen wegen Änderung der Personen- und der
Gütertarife wird noch besonders zurückzukommen
sein. In hohem Maße erfreulich war das, was
Freiherr von Rheinbaben über die Zweckbestimmung
der Handelsverträge sagte, soweit ein verläss-
lich resp. ein ausreichender Schutz der landwirtschaft-
lichen und industriellen Gütererzeugung in betracht
kommt. Namentlich was er von dem Nutzen dieses
verlässlichen Schutzes für den kleinen Landwirt sagte,
verdient stark unterstrichen und im Zusammenhang
mit den Bestrebungen wohl gewogen zu werden, die
auf eine Vermehrung der Zahl der bescheiden klei-
neren und mittleren Landwirte in den Ostmarken
gerichtet sind und die unentwegt im Auge zu be-
halten die Regierung im bestverstandenen Interesse
des Vaterlandes als eine ihrer vornehmsten Pflich-
ten ansieht.

Nachdem in neuerer Zeit Sensationslüstern-
heit, die bemerkt oder unbemerkelt sich in den Dienst
der äußersten Linken und besonders der Sozial-
demokratie stellt, über die Revision der direkten
Steuern Nachrichten verbreitet hatte, welche rabi-
kalen Wünschen, nicht aber wohlwogenden Ent-
schuldigungen verantwortlicher Stellen entsprechen,
war es doppelt anzuerkennen, daß der Finanzmini-
ster über den Stand der Voruntersuchungen Mit-
teilungen machte, die darzutun geeignet waren, daß
auch auf diesem Gebiete nichts so heiß geessen wird,
als es gefodert worden ist. Daß das Gesetz wegen
der Volksschulunterhaltungspflicht
in diesem Jahre noch kommen werde, stellte der
Finanzminister in bestimmter Aussicht. Wellestent
entwickeln sich die Dinge so, daß es zu einer besonderen
Scherfession des Landtages kommt, in
welcher eine Frage zum Austrage gebracht wird,
deren möglichst glückliche Lösung in hohem Grade
abhängig bleibt davon, daß die Parteien einen
hohen Grad von Einigkeit zu gewinnen und festzu-
halten vermögen, denen die denkbar beste Entwick-
lung unseres Volksschulwesens nicht sowohl eine
Sache des Partei-, sondern des vaterländischen
Interesses ist. Im ganzen machte die Finanzrede
des Freiherrn von Rheinbaben den Eindruck, daß an
der Spitze der preussischen Finanzverwaltung ein
Mann steht, der sich seines Zieles sicher bewußt ist.
Aus dem Etat heben wir hier das Folgende
hervor: Die durch Abwanderung hervorgerufene
Abnahme der ländlichen Bevölkerung der Provinzen
Ostpreußen und Pommern läßt es geboten
erscheinen, zur Förderung einer gesunden inne-
ren Kolonisation in diesen Landesteilen in
erhöhtem Maße staatliche Mittel bereitzustellen. Es
ist nicht beabsichtigt, die Kolonisation für eigene
Rechnung des Staates einzuleiten, vielmehr sollen
die bereitgestellten Mittel dazu dienen, private
Kolonisationsunternehmungen, deren gemein-
nütziger Charakter gesichert ist, staatlich zu fördern.
Die Festlegung der einzelnen Verwendungszwecke
erscheint in Ermangelung der nötigen praktischen
Erfahrungen zunächst nicht angezeigt, jedoch ist
hervorzuheben, daß ein Teil des Fonds zur Ver-
stärkung der bereitgestellten Mittel, zur Gewährung
von Beihilfen zu den bei Rentengründungen,
vorkommenden Folgeeinrichtungskosten dienen soll.
Für diesen Zweck sind in den Etat zwei Millionen
eingestellt.

Die Ostmarken sind auch im neuen Vor-
anschlag reichlich bedacht. Neben Erhöhung der Dis-

positionsfonds der Oberpräsidenten im Interesse
eines wirksamen Schutzes des Deutschtums figurie-
ren im Etat noch eine Reihe von Forderungen, die
denjenigen Zwecken dienen sollen. Die Provinz
Posen speziell kommt dabei wie folgt in betracht:

Im Etat des Kultusministeriums sind aus-
geworfen: zum Bau eines Seminars in Rogasen
153 750 Mark, zum Bau eines katholischen Semi-
nars in Bromberg erste Rate 153 750 Mark, zum
Bau von Dienstwohngebäuden für Kreis- und
Landinspektoren in Erin 30 700 Mark, in Znin 31 650
Mark, in Jilehne 58 600 Mark; zur Ergänzung
der Sammlungen des Kaiser Friedrich-Museums
in Posen 30 000 Mark, zum Bau der Königl. in
Posen erste Rate 102 500 Mark, zum
Bücherankauf für die Kaiser Wilhelm-Bibliothek
in Posen 120 000 Mark.

Im Etat der Kultusverwaltung sind aus-
geworfen: zum Bau einer Scheune auf dem Land-
gut Gnesen 7793 Mark.

Im Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung
werden gefordert: Zur Unterstützung von Melio-
rationsversuchen behufs Beseitigung von
Mottschäden an der Rente 30 000 Mark, zur
Errichtung der Landwirtschaftlichen Versuchsan-
stalten in Bromberg letzte Rate 369 500 Mark, zur
Errichtung des Versuchsfeldes bei den Anstalten in
Bromberg und zur Einrichtung einer Versuchswirt-
schaft auf dem Gute Mocheln bei Bromberg
185 000 Mark, zur ersten Einrichtung einer
Bibliothek bei den Bromberger Versuchsanstalten
20 000 Mark.

Im Etat der Justizverwaltung sind aus-
geworfen: Zum Erweiterungsbau des Land-
und Amtsgerichtes in Bromberg letzte Rate 160 200
Mark, zum Bau von Wohngebäuden für Amts-
richter in Czarnikau letzte Rate 18 800 Mark.

Im Etat der Bauverwaltung werden ge-
fordert: Zur Ausgestaltung der vier Stauwerke an
der Neche und zur Bildung von Genossenschaften
für den Betrieb derselben 102 500 Mark, zur
Errichtung von Dienstwohngebäuden für vier Bau-
inspektoren in den Provinzen Posen und West-
preußen 184 500 Mark, zum Ankauf von Gelände
für die Erweiterung des Regierungsgebäudes in
Posen 90 000 Mark, zur Erweiterung des Hafens
Brahemünde Rest 201 750 Mark.

Im Etat der Anstaltungskommission für
Westpreußen und Posen werden gefordert: 700 000
Mark als erste Rate zur Errichtung eines Dienst-
gebäudes für die Anstaltungskommission in Posen
auf dem durch die Entfestigung gewonnenen Ge-
lände.

Im Etat des Finanzministeriums sind aus-
geworfen: zum Erwerb und zur Erschließung des
Umwallungsgrundes der Stadt Posen vierte Rate
3 500 000 Mark, zur Herstellung eines königl. Schlosses
in Posen zweite Rate 1 000 000 Mark.

Im Etat der Eisenbahnverwaltung werden
verlangt: zur Erweiterung der Gleis- und Lade-
anlagen auf Bahnhof Argenau 62 000 Mark, zur
Erweiterung des Lokomotivschuppens auf Bahnhof
Kreuz 66 000 Mark, zur Herstellung eines Per-
sonentunnels auf Bahnhof Kreuz 47 000 Mark,
zur Erweiterung des Bahnhofes Gnesen erste Rate
59 000 Mark.

Im Etat der Forstverwaltung werden 57 700
Mark zur Errichtung einer Forstlehrlingschule in
Margoninsdorf gefordert.

Regierungsbezirk Allenstein.

Die Provinz Ostpreußen soll nun jetzt tatsäch-
lich einen dritten Regierungsbezirk erhalten. Einer
dem Etat des Finanzministeriums beigegebenen
Denkschrift, betreffend die Einrichtung eines dritten
Regierungsbezirks in der Provinz Ostpreußen mit
dem Sitz der Regierung in Allenstein, entnehmen
wir folgendes:

Die fortwährend ungünstige wirtschaftliche
Lage der Provinz Ostpreußen, die sich u. a. in
der Bedrohlichen Abnahme der Be-
völkerung namentlich des platten
Landes zeigt, macht der Staatsregierung eine
besondere Fürsorge und ihren Organen eine inten-
sivere Tätigkeit zur Pflicht. Eine erfolgreiche
Tätigkeit der Regierungen, und namentlich ihrer
Präsidenten, erfordert in dieser Provinz noch mehr
als in anderen Landesteilen eingehende Kenntnis
der örtlichen Verhältnisse und ständige Fühlung mit
der Bevölkerung ihrer Bezirke, die Entfaltung einer
auf ununterbrochene lebendige Anschauung ge-
stützten Initiative und fortwährende unmittelbare
Mitwirkung. Diese eingehende und fürsorgende
Tätigkeit wird in hohem Maße erschwert durch die
großen Entfernungen vieler Kreise von den Re-
gierungsstellen. Besonders für den Regierungs-
bezirk Königsberg ist aus diesem Grunde eine
Verkleinerung dringend erforderlich.
Er ist an Flächenumfang (2 110 817 Hektar) der

größte Bezirk der Monarchie, größer als die
Provinzen Schleswig-Holstein (mit 1 900 369
Hektar), Westfalen (mit 2 021 061 Hektar) und
Sachsen-Mecklenburg (mit 1 569 928 Hektar). Sein
Flächeninhalt übersteigt die Durchschnittsgröße aller
Regierungsbezirke (1 021 917 Hektar — bei Nicht-
einrechnung von Sigmaringen und dem Stadtkreis
Berlin) um mehr als das Doppelte. Auch der Re-
gierungsbezirk Gumbinnen ist an Fläche
(1 588 572 Hektar) größer als die ganze Provinz
Sachsen-Mecklenburg und übersteigt die Durchschnittsgröße
der Regierungsbezirke um mehr als die Hälfte.

Es erscheint hiernach notwendig, unter Ver-
kleinerung der jetzigen beiden, räumlich zu weit
ausgedehnten und auch geschäftlich überlasteten Re-
gierungsbezirke in der Provinz eine dritte Re-
gierung einzurichten, deren Bezirk in der
Hauptfache die masurischen Kreise umfaßt,
und zwischen diesen, jetzt von den Regierungsstellen
viel zu entfernt gelegenen Teilen der Provinz und
ihrer Regierungsbehörde diejenige nahe Verbindung
herzustellen, welche für die dort zu lösenden Auf-
gaben Vorbedingung ist. Für die dritte Regierung
wird ein Sitz zu wählen sein, der inmitten dieser
einer besonderen Förderung bedürftigen ma-
surischen Teile im Süden der Provinz gelegen ist.
Als solcher bietet sich nach Lage, Größe und Ver-
kehrsverbindungen die Stadt Allenstein
dar, in der auch die Möglichkeit vorhanden ist, die
neue Regierung alsbald und bis zur Verhän-
gung eigener Geschäftsräume miethweise unterzubringen.

Der neue Bezirk soll unter Berücksichtigung des
Gesichtspunktes, daß für alle seine Teile der Re-
gierungsamt möglichst schnell und leicht zu erreichen
sein muß, aus den Kreisen Mierode, Allenstein,
Neidenburg, Rößel und Ortelsburg des jetzigen
Regierungsbezirks Königsberg und aus den Kreisen
Sensburg, Löben, Lyck und Johannisburg des Be-
zirks Gumbinnen gebildet werden. Daneben wird
der jetzt zum Bezirk Königsberg gehörige Kreis
Memel dem Regierungsbezirk Gumbinnen zuge-
wiesen werden, um den Regierungsbezirk Königsberg
zu entlasten und diesen Kreis in denjenigen Ver-
waltungsverband zu bringen, dem er seiner geogra-
phischen Lage nach zugehört. Hiernach würden die
zukünftigen Regierungsbezirke umfassen:

1. Königsberg 14 Kreise mit 13 158 Quadrat-
kilometer und 816 302 Einwohnern, 2. Gumbinnen
15 Kreise mit 11 785 Quadratkilometer und
660 698 Einwohnern, 3. Allenstein 9 Kreise mit
12 032 Quadratkilometer und 519 626 Ein-
wohnern.

Die Bildung eines verhältnismäßig kleinen,
im wesentlichen auf das Gebiet der alten Landtschaft
Masuren beschränkten dritten Regierungsbezirks,
dem übrigens im Stadtkreise Allenstein in nahe-
liegender Zukunft noch ein zehnter Kreis zu wachsen
wird, ist geboten, weil dieser Bezirk, von Natur arm
und kulturell zurückgeblieben, dauernd einer beson-
ders wirksamen Fürsorge der Regierung und ihres
Präsidenten im höchsten Maße bedürfen wird.

Die Durchführung der Maßregel wird zum
1. Oktober 1905 durch eine Allerhöchste Ordre des
Königs erfolgen, nachdem die erforderlichen Mittel
dazu von den Häusern des Landtages der Monarchie
bewilligt sein werden. Daher sind in den vorlie-
genden Etatsentwurf eingestellt: 1. in das Ordi-
narium 52 000 Mark als Pauschquantum für per-
sönliche und sächliche Kosten. Daraus sollen be-
stritten werden: Gehälter, Stellenzulagen und
Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten, die nicht
von anderen Regierungen, besonders denen in Kö-
nigsberg und Gumbinnen, übernommen werden
können (rund 22 000 Mark), und ferner Miete,
Seizung und Bureaubedürfnisse, soweit letztere sich
nicht aus Ersparnissen der Regierungen in Königs-
berg und Gumbinnen decken lassen (rund 30 000
Mark). Die erstmalige Regulierung des laufenden
Bedarfs für ein volles Jahr unter Verteilung auf
die verschiedenen Etatsstellen kann erst bei der nächst-
jährigen Etatsaufstellung geschehen. 2. in das
Extraordinarium 48 000 Mark für Beschaffung von
Einrichtungsgegenständen, soweit solche nicht von
Königsberg und Gumbinnen übertragen werden
können, für bauliche Änderungen in den anzumie-
tenden Häusern und eventuell Entschädigungen an
Mieter dieser Häuser für Anmieten.

Der Krieg.

Wie General Rogi meldet, gehen die General-
majore Nikitin, Baile und der Admiral Wiren in
die Gefangenschaft; dagegen werden außer dem
General Stöfel die Generalmajore Ries, Radien,
Kostinow, die Admirale Fürsichthomski, Gregoro-
witsch, Roschitsch und der Chef des Ingenieur-
korps Hindobad auf Ehrenwort entlassen.

Flottenbewegungen.

Port Said, 10. Januar, nachm. 1 Uhr 50 Min.
Das Geschwader unter dem russischen Komman-
danten Petromoski ist heute in Sicht gekommen.

Port Said, 11. Januar. (Telegramm.) Das
Reiterbureau meldet: 4 russische Kreuzer und 5
Torpedoboote sind hier eingetroffen. Beim Ein-
laufen in den Hafen wurden Salutsschüsse gewechselt.
Der russische Gesandte und der Konjul begaben sich
an Bord des Flaggschiffes. Alle Schiffe tauchten
Mitteilungen durch drahtlose Telegraphie aus.
Nach Unterzeichnung von Erklärungen, wie sie nach
egyptischen Verordnungen erforderlich sind, wurde
den russischen Schiffen gestattet, eine bestimmte
Kohlenmenge, Fleisch, Wasser, Lebensmittel an
Bord zu nehmen. Obgleich die Polizei um Ab-
sperrungsmaßnahmen ersucht war, geben die Russen
einer großen Anzahl von Händlern die Erlaubnis,
an die Schiffe heranzufahren.

Port Said, 11. Januar. (Telegramm.) Das
Reiterbureau meldet: Das russische Geschwader
nahm gestern Kohlen, Lebensmittel und Wasser ein
und fährt heute vormittag ab. Ein russischer Tor-
pedobootezerstörer ist bei der Einfahrt in den Hafen
mit einem mit Kohlen beladenen Prachm zu-
sammen gestoßen. Letzterer sank.

London, 11. Januar. (Telegramm.) Wie
das Reiterbureau aus Port Louis auf der Insel
Mauritius (Gruppe der Maskarenen, 880 Kilo-
meter östlich von Madagaskar. Red.) vom 10. d.
Mts. meldet, geht dort das Gerücht, daß dort ein
japanisches Geschwader bei Diego
Garcia liege. Dem Admiral Roschijewski wurde
am 2. d. Mts. mitgeteilt, daß die Japaner Vor-
kehrungen getroffen hätten, der holländischen Flotte
entgegenzufahren. Die Russen hätten daher ihre
Vorsichtsmahregeln verdoppelt. Der Adjutant
Roschijewski habe am 3. d. Mts. in Tamatave
(Hauptstadt von Madagaskar) einem Bericht-
erstatter erklärt, daß die holländische Flotte einen
Monat gebrauchen werde, um den Indischen Ozean
zu durchkreuzen.

Die Hullkommission.

Paris, 10. Januar. Die Hullkommission hielt
heute vormittag eine Sitzung ab, in welcher die
Beratung der Ausarbeitung über die Regelung
ihres Vorgehens fortgesetzt wurde. Die nächste
Sitzung findet morgen nachmittag statt. —
Mehreren Blättern zufolge hat sich die Mehrheit
der Enquete-Kommission über die Hullangelegenheit
gegen die Zulassung der Presse zu den Zeugenver-
hören ausgesprochen. Es sollen der Presse lediglich
Zeugenaussagen und gewisse offizielle Berichte
übermittelt werden. Die Arbeiten der Enquete-
kommission dürften etwa drei Wochen in Anspruch
nehmen.

Die neue Verlustliste aus Südwestafrika.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Im
Gefecht bei Stamprietfontein am 1. Januar ver-
wundet: Hauptmann Alfred v. Krüger, geboren
18. 5. 66 zu Berlin, früher im Husaren-Regt.
Nr. 12, Leutnant Walter Trent, geboren 29. 5. 77
zu Magdeburg, früher im Kadettenhaus Potsdam.

In den Gefechten vom 2., 3. und 4. Januar
bei Groß-Nabas gefallen: Major Heinrich Frhr.
v. Nauendorf, geboren 29. 8. 60 zu Wies-
baden, früher Feldart.-Regt. Nr. 11, Leutnant
Gerald Dörbeid, geboren 15. 11. 75 zu
Schwerin, früher im Feldart.-Regt. Nr. 47, Leu-
nant Fritz Wilhelm v. Bollerard-Voel-
berg, geboren 26. 11. 76, früher im Manen-
Regt. Nr. 10, Leutnant der Reserve Berginspektor
Erwin Semper, geboren am 29. 1. 72 in Straf-
fund — und 15 Mann.

Verwundet: Oberleutnant Reinhard Lauter-
schlager, geboren 30. 10. 72 zu Darmstadt,
früher im Feldart.-Regt. Nr. 51, Leutnant Rudolf
v. Kleist, geboren 22. 2. 75 zu Nauden, früher
im Grenadier-Regt. Nr. 9, Leutnant Adolf
Donner, geboren 26. 6. 75 zu Würzburg, früher
im Königl. Bayerischen 9. Inf.-Regt., Leutnant
Rudolf v. Deubronner, geboren 20. 9. 78 zu
Richtenegg, früher im Dragoner-Regt. Nr. 26,
Leutnant und Kriegsfreiwilliger Selbig und
45 Mann.

Nach einem Telegramm des Generalleutnants
v. Trotha folgt die Mannschäfts-Verlustliste so bald
als möglich; ihre Verzögerung hat sich nicht ver-
meiden lassen, da Operationsbefehls-Telegramme und
dringliche Anordnungen bezüglich von Verpflegung
und Munition die Signallinie stark überlasteten.

Am 2. d. Mts. sind gestorben: Sanitätsunter-
offizier Max Pleuger, geboren am 28. 9. 77 zu
Bassau, früher Inf.-Regt. Nr. 113, am 6. Januar
im Lazarett Djimbinde.

Ein weiteres Telegramm aus Windhuk meldet: Am 6. Januar verwundet: Kriegsfreiwilliger Leutnant der Reserve des Inf.-Regts. Nr. 53 Hellmich. (Dies ist anscheinend eine Verichtigung des in der ersten Depesche erwähnten Namens Hellwig.)

Am 6. Januar bei Kamatoma auf Viehwache gefallen: Reiter Friedrich Wagner, früher im Inf.-Regt. Nr. 49. Vermisst: Seit 22. Dezember bei Djimbinde Reiter Peter Schorn, seit 23. Dezember bei Djimbinde Gefreiter Alfred Baromski.

Am 29. Dezember gestorben: Reiter Karl Geibel im Lazarett Windhuk. Verunglückt: Unteroffizier Michael Zief durch Pferdehieb im Gesicht verletzt.

Über Scharmützel mit den Herero wird gemeldet: Nach einer Meldung des Generals v. Krotha hatte Hauptmann v. Fiedler, der sich mit der Marine-Kompagnie Brockdorff, der 6. Kompagnie Feld-Regts. 1 unter Hauptmann von Wangenheim und Salzbatterie Winterfeldt seit Anfang Dezember auf dem Marsch von Waterberg über Omise nach Omaruru befand, unterwegs eine Reihe von Patrouillengefechten, wobei 21 Hereros fielen und mehrere Gewehre erbeutet wurden.

Oberleutnant Graf v. Schweinitz, mit 100 Artillerie-Geschützmannschaften auf dem Marsch von Karibib über Waterberg nach Djimbinde (an der Karibib), traf Abteilung Fiedler am 16. Dezember in der Gegend der Omatafoberge (60 Kilometer nordöstlich Omaruru). Schweinitz hatte am 24., 25., 29. und 31. Dezember Gefechte mit Hererobanden. Am 4. Januar überfiel er drei Verstecke bei Otina (halbwegs zwischen Waterberg und Omaruru), wobei 61 Hereros fielen, 5 gefangen genommen und zahlreiche Gewehre erbeutet wurden. Infolge dieser Streifzüge stellten sich in Omaruru zahlreiche Hereros und gaben freiwillig ihre Gewehre ab.

Am 29. Dezember erreichte die Abteilung Fiedler Omaruru.

Am 6. Januar griffen Hereros einen Viehposten bei Dafango, dicht bei Dahandja, an und trieben 184 Ochsen ab. Patrouille Oberleutnant Strahler verfolgte die Räuber und nahm ihnen 15 Kilometer nördlich Otjofaja 163 Ochsen wieder ab. Ein Herero getötet, zwei verwundet, ein Gewehr erbeutet. Am 7. Januar zeigten sich von neuem Hereros, wo sie durch die auf 25 Mann verstärkte Schutztruppe vertrieben wurden.

Politische Tageschau.

** Bromberg, 11. Januar.

Kaiser Wilhelm hatte kürzlich in einer Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Lomer, angeregt, daß deutsche Universitätsprofessoren an amerikanischen und amerikanischen Professoren an deutschen Universitäten Vorlesungen halten sollen. Diese Anregung ist von der Harvard- und der Berliner Universität aufgenommen worden. Der Rektor jeder der beiden Universitäten wird von einer Liste Dozenten, die von der einen Fakultät der anderen zur Verfügung gestellt sind, seine Auswahl treffen.

Stössel und Nogi. Kaiser Wilhelm hat wie schon in der geistigen Auflage kurz gemeldet, dem General von Stössel und dem General Baron Nogi in Anerkennung der von ihnen und ihren Truppen bei der Belagerung von Port Arthur bewiesenen heroischen Tapferkeit den Orden pour le mérite verliehen und den Kaiser von Rußland sowie den Kaiser von Japan telegraphisch um ihre Zustimmung zu der Auszeichnung gebeten. — Diese Auszeichnung der beiden Generale mit dem höchsten preussischen Kriegsorden ist das Ereignis des Tages. Der Orden ist seit dem russisch-türkischen Kriege an Ausländer nicht verliehen worden; aus Anlaß des russisch-türkischen Krieges wurden mehrere Großfürsten und russische Generale damit ausgezeichnet. In Berliner politischen Kreisen wird bemerkt, daß die hochherzige Entschliebung des Kaisers insofern einzig dasteht, als weder aus Petersburg noch aus Tokio von Ordensverleihungen der Souveräne an die beiden Feldherren verlaunt hat.

Eine Denkschrift zum Etat der preussischen Handels- und Gewerbeverwaltung behandelt die Begründung eines Landesgewerbeamtes und ständigen Beirats. In Aussicht genommen ist unter Beileitung der technischen Hilfsarbeiterstellen des Handelsministeriums ein Landesgewerbeamt als neue kollegiale Behörde und als besonderes Organ des Handelsministeriums zu errichten und diesem einen ständigen Beirat von Sachverständigen anzuschließen. Während das Landesgewerbeamt die Aufgabe hat, den Minister bei Erledigung der laufenden Geschäfte in technischen Fragen ständig zu beraten, ihn bei der regelmäßigen Beaufsichtigung der gewerblichen Unterrichtsanstalten und der der Gewerbebeförderung dienenden Einrichtungen zu unterstützen, soll im Beirat ein zur Begutachtung grundlegender Maßnahmen geeignetes Organ geschaffen werden, das der Gewerbeverwaltung hauptsächlich die beständige Fühlung mit dem praktischen Leben und seinen Bedürfnissen vermittelt. Das Landesgewerbeamt hat hiernach eine dauernde staatliche Aufgabe zu erfüllen und ist eine öffentliche Behörde; der Beirat ist nur beratendes Organ des Ministeriums, das in regelmäßigen Zwischenräumen berufen wird; dem Beirat sollen außer Mitgliedern des Gewerbeamtes auch andere, auf begrenzte Zeit zu berufende Sachverständige angehören. Die Denkschrift legt dann die Aufgaben und die Organisation des Landesgewerbeamtes und des ständigen Beirats dar und schließt: Als natürliche Folge der Begründung des Landesgewerbeamtes ergibt sich die Aufhebung der ständigen Kommission für das technische Unterrichts-

wesen und der Übergang der technischen Zentralfstelle für Textilindustrie, soweit sie sich auf die Beaufsichtigung der Textilschulen erstrecken, auf das Landesgewerbeamt und den ständigen Beirat. Die Verwirklichung des neuen Planes bedingt eine Mehrausgabe von 61 290 Mark.

Zur Streikbewegung im Ruhrrevier wird uns drachlich gemeldet, daß nach einem Dortmunder Bericht der „Voss. Zig.“ der Ausstand bereits das ganze Dortmunder Revier ergriffen hat; es streiken an 30 000 Bergleute und mehr als 25 Zechen liegen bereits still. In Frage kommen u. a. folgende Zechen: Prinz Regent in Biemelhausen, Margarethe, Dannebaum, Weikende, Dörfeld, Freie Vogel, Unberhofft, Schürbank, Schleswig, Goldstein, Minister Stein und Gardeberg, Reimmühl, Scharnhorst, Preußen II und Gneisenau. Wie die Verwaltung der Zeche Felicitas mitteilt, ist die Meldung über den Arbeiterausstand daselbst unzutreffend; ebensowenig sind die Arbeiter auf der Zeche Minister Achenberg in den Ausstand getreten. Für die nächsten Tage ist in Langendreer eine Versammlung der Bergmannsfrauen geplant.

Der Kurier Poznanski stellt sein Erscheinen ein. Das Blatt gibt an der Spitze seiner gestrigen Nummer bekannt, daß es mit dem 1. April sein Erscheinen einstellt. Es hätten sich nicht die geeigneten Personen gefunden, um dieses Blatt, welches eine 34-jährige Tätigkeit in Dienste der Kirche und der polnischen Gesellschaft hinter sich hätte, durch Aufbringung von Opfern weiter zu führen.

Deutschland und England. Der Standard schreibt unter Bezugnahme auf die Rede des Abgeordneten Paasche in Kreuznach: Wir sind in der Lage festzustellen, daß unsere offiziellen Beziehungen zu Deutschland gegenwärtig und seit einiger Zeit so zufriedenstellend sind wie möglich, und es besteht auch keinerlei Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern. Der einzige Zwischenfall, der dazu angetan war, den Kriegsgewichten in Berlin den Anschein der Wahrscheinlichkeit zu geben, war die Mobilisierung der Pieler Flotte nach dem Doggerbankfischfang und war ohne Zweifel dem Wunsch zuzuschreiben, für alle Fälle vorbereitet zu sein. Es liegt kein Grund vor, eine feindseligste Absicht gegen England anzunehmen. Dazu bemerkt das Wolffsche Telegraphenbureau: In zutragender Stelle erfahren wir, daß von einer Mobilisierung der deutschen Flotte nie die Rede gewesen ist, auch nicht nach dem Vorfall auf der Doggerbank. Alle gegenteiligen Meldungen sind erfunden.

Im gestrigen Senatskonvent des Reichstages teilte Präsident Graf v. Ballestrin mit, daß Reichskanzler Graf Bülow ihn ermächtigt habe zu erklären, es sei Aussicht vorhanden, daß der Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn bis Ende dieser Woche zustande kommen werde. In diesem Falle sei für die Drucklegung ein Aufenthalt von etwa acht Tagen zu erwarten, so daß der Handelsvertrag in etwa vierzehn Tagen vor den Reichstag kommen werde. Zu gleicher Zeit würden auch die Verträge mit den anderen Tarifvertragsstaaten vorgelegt werden. Graf Ballestrin erklärte weiter, was die Geschäftseinteilung für den Reichstag betreffe, so würde er den Etat des Reichsamts des Innern auf die Tagesordnung setzen, wenn nicht Staatssekretär Graf Pofadomsky durch die Handelsvertragsverhandlungen festgehalten würde. Der Präsident schlägt vor, nachfolgende Etats vorzunehmen: Etat des Reichstages, Reichsjustizamtes, Reichsfiskalamtes, Reichsrentenbahnamtes, Rechnungshofes und des Postetat. Von den beiden noch rückständigen Interpellationen würde die desentrums, betreffend den Fehntendtag, aus Rücksicht auf den Staatssekretär Graf Pofadomsky zu verlegen sein. Die Interpellation der freisinnigen Volkspartei, betreffend Schiffahrtsabgaben, wolle Minister von Budde beantworten. Da dieser aber krank sei, so bitte er die Interpellation auf acht Tage auszuschieben. Dr. Müller-Sagan erklärte sich mit diesem Vorschlage einverstanden, auch im übrigen wurden die Vorschläge des Präsidenten akzeptiert.

Wie aus Washington gemeldet wird, wurde dort gestern durch eine oder mehrere Personen der erfolglose Versuch unternommen, das vor kurzem von dem deutschen Kaiser zum Geschenk gemachte Standbild Friedrich des Großen in die Luft zu sprengen. Die Sprengmasse war mit brennender Lunte an der Umfriedigung des Denkmals befestigt, wurde aber durch einen Beamten vor der Explosion entfernt. Ein Schaden irgend welcher Art ist nicht angerichtet worden. Es sind unverzüglich Maßregeln zur Ergreifung der Urheber ergriffen worden, die Nachforschungen der Polizei nach den Schuldigen sind bisher aber ohne Ergebnis geblieben. — Ein weiteres Telegramm bezeichnet die ganze Affäre als einen abnormen Streich, dem weiter keine Bedeutung zukommt.

Washington, 11. Januar. (Telegramm.) [Reuterbureau.] Die sofortige Untersuchung des Anschlags gegen das Denkmal Friedrich des Großen ergab, daß es sich hier um einen dummen Scherz handelt. Die gefundenen Sprengstoffe sind vollständig ungefährlich und zu solchen Zwecken überhaupt nicht zu gebrauchen.

„Ein fideles Gefängnis.“ Die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet aus Koblenz: Die von der Kommandantur Koblenz-Grenzbreitstein auf Anordnung des Kriegsministeriums eingeleitete Untersuchung über die Echtheit und Entstehung des zuerst von der sozialdemokratischen „Rheinischer Zeitung“ in Köln veröffentlichten Bildes „Ein fideles Gefängnis“ hat ergeben, daß die Darstellung eine Fälschung ist und zwar insoweit, als die ganze Staffage frei erdichtet ist. Echtes Original sind nur die Porträts dreier Personen, eines früheren Gendarmen, eines Hotelbesizers und des Fährführers Giffener; ferner war auf dem Originalbild noch ein Architekt aus Köln, dessen Figur wegradiert und dafür ein Blumenstiel eingesetzt

ist. In dem ganzen Stubegefängnis Ehrenbreitstein gibt es kein tapeziertes Zimmer, wie es das Bild darstellt; die Stuben sind ohne Ausnahme gestrichelt. Das Original des Bildes ist von dem Architekten aus Köln mit Rücksicht aufgenommen und zwar am dem Abend, als der Hotelbesitzer nach Beendigung seiner Strafbast seinen Mitgefängenen einige Flaschen Bier zum Abschied spendete. Die auf dem Bilde am Boden sichtbaren Weinsflaschen sind ebenfalls eingezeichnet. Es kann angenommen werden, daß jemand, der im Besitz der Bildaufnahme war, die drei Personen ausgeschnitten und die Staffage gezeichnet hat. Das Original der Aufnahme mit den vier Personen ist im Besitz der hiesigen Kommandantur. Die Rheinische Zeitung mag wohl im Besitze einer Photographie von dem eingezeichneten Bilde sein. Die Kommandantur wird gegen alle Zeitungen, welche das eingezeichnete Bild veröffentlichten, Strafantrag stellen, weil sie darin eine Verhöhnung der bestehenden Hausordnung des Festungstubegefängnisses erblickt.

Zur Lage in Rußland wird gemeldet: Moskau, 9. Januar. Im literarisch-künstlerischen Verein fand heute ein Festmahl statt, an dem zahlreiche Schriftsteller und Künstler teilnahmen. In den Reden, in denen die schwere Lage Rußlands besprochen wurde, wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Sonne der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit endlich über Rußland scheinen möge. Die Redner wünschten, daß der Verein sich in diesem Sinne äußere, wenn er auch Gefahr liefe, dafür gelöst zu werden.

Petersburg, 10. Januar. In einer heute abgehaltenen Sitzung des Ministerkomitees wurde über die Presse betreffende Fragen verhandelt, soweit solche in Zusammenhang mit dem kaiserlichen Erlass vom 25. v. M. stehen. Die Beratungen hierüber müssen in der auf den 18. d. M. anberaumten Sitzung zu Ende geführt werden.

Tiflis, 10. Januar. Amliche Mitteilung. Als am 5. d. M. in Tscherny-Grodok und in Beloje die Arbeiter wieder aufgenommen waren, umgingelten Arbeiter in Balachany um 3 Uhr nachmittags eine Kosakenpatrouille, begannen sie zu bedrängen, Steine auf sie zu schleudern und Schüsse auf dieselbe abzugeben. Es erschien darauf eine halbe Sotnie Kosaken zu Hilfe und machte nach wiederholten Warnungen von der Schutzwaffe Gebrauch. Drei der Aufwiegler wurden getötet und drei verwundet. Auch auf beiden der Kosaken wurden drei Mann verletzt, die aber in der Front blieben. An demselben Tage fanden auch in Bibi-Eibat Unruhen statt; dort überfielen die Arbeitermassen die Polizeimannschaften; beim Einschreiten zur Wiederherstellung der Ruhe wurde eine Person getötet, mehrere erlitten Verletzungen. Im ganzen wurden bei den Unruhen in Bibi-Eibat und Balachany 20 Mann getötet; 22 Bohrtürme wurden in Brand gesteckt und am 1. d. M. noch 20. Die am 5. d. M. wiederhergestellte telephonische Verbindung mit Baku wurde am 6. d. M. wieder zerstückt.

Gegen das Kabinett Combes. Die französische Deputiertenkammer wählte gestern mit 265 Stimmen Doumer zu ihrem Präsidenten, gegen 241 Stimmen, die auf Brisson entfielen. Bei der Wahl stimmten 511 Deputierte. Die Kammer zählt gegenwärtig 585 Mitglieder. In den Wandlungen wurde von oppositioneller Seite erklärt, daß die Wahl Doumers im Hinblick auf dessen ansehnliche Majorität eine schwere Schlappe für das Ministerium bedeute. — Die Kammer wählte die bisherigen vier Vizepräsidenten Etienne, Lodoicy, Reache und Guilain wieder.

Deutschland.

Wilhelmshaven, 10. Januar. Die beiden Kreuzer „München“ und „Urdine“ sind heute in Dienst gestellt worden.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 10. Januar. In dem heute im Elisee abgehaltenen Ministerrat teilte der Minister des Äußeren mit, der französische Gesandte in Tanger werde morgen nach Fez abreisen.

Türkei.

Konstantinopel, 9. Januar. Die Pforte hat heute an ihre Botschaften ein Rundschreiben geschickt, in welchem die Behauptung bulgarischer Blätter, daß die Pforte sich weigere, das türkisch-bulgarische Abkommen durchzuführen, als unbegründet bezeichnet wird.

Amerika.

Washington, 10. Januar. Präsident Roosevelt hielt mit einigen Mitgliedern des Komitees des Repräsentantenhauses für den zwischenstaatlichen und auswärtigen Handel Besprechungen ab in Bezug auf die vorgeschlagene Regelung der Eisenbahntarife. Sie sagten dem Präsidenten, daß das Volk, das sie vertreten, wünsche, daß etwas Bestimmtes in dieser Angelegenheit getan würde, und sie erklärten nachdrücklich, die Gesetzgebung müsse bald in Kraft treten.

New-York, 9. Januar. Der „Evening Post“ zufolge fand eine Versammlung der republikanischen Kongressmitglieder statt, um genau festzustellen, welche Veränderungen die herrschenden Parteien in dem Tarife zu machen geneigt sind. Roosevelt hofft, diese Versammlung werde rechtzeitig stattfinden, um eine Sonder session im Juni zu eröffnen, jedenfalls werde er nicht über den 15. September warten.

Der Marine-Sekretär Morton und Admiral Dewey besichtigten in Fort Monroe (Virginia) 30 Kriegsschiffe, darunter die Linienfahrtschiffe des Küstengeschwaders und des Karaischen Geschwaders, und führten dann zu den Manövern in der karaischen Bai weiter.

Manila, 10. Januar. Die Moro-Festung auf der Insel Zolo ist zerstört worden. In einem Gefecht am 8. Januar, in dem die amerikanischen Truppen durch ein Kanonenboot unterstützt wurden, ist einer der Führer der Moros gefallen. Zwei Amerikaner, darunter ein Offizier, sind getötet.

Asien.

Kairo, 9. Januar. Lord Cromer teilte in der Kommissionssitzung für Gemischte Gerichtshöfe mit, er beabsichtige, die ägyptische Regierung zu einem Rundschreiben an die Mächte zu veranlassen, in welchem die Anerkennung des Englischen als Gerichtssprache in demselben Maße wie des Französischen und Italienischen verlangt wird. Der französische diplomatische Agent erklärte, daß diese Frage von Frankreich in sehr freundlichem Sinne behandelt werden würde.

Bunte Chronik.

Berlin, 10. Januar. Dreifacher Kindesmord. Einer entsetzlichen Familientragödie sind Dienstag vormittag in Nipdorf drei kleine Kinder zum Opfer gefallen. Dort hat der 28-jährige Drechsler und Händler Arthur Medersky seine drei im Alter von 3, 1½ und ¾ Jahren stehenden Kinder mittelst Zunderschnur erhängt und sich dann selbst zu erhängen versucht. Die Kinder sind tot, der Vater blieb am Leben.

Helmstedt, 9. Januar. Auf der Kohlengrube „Treue“ der Braunschweigischen Kohlenwerke wurden heute zwei Bergleute verschüttet und getötet.

Wolfenbüttel, 9. Januar. Auf der Braunschweigisch-Schöninger Eisenbahn entgleiste heute bei Wittmar ein Personenzug infolge Dammrutschens. Die Lokomotive und der Packwagen stürzten die Böschung hinab. Lokomotivführer und Seizer wurden schwer verletzt.

Hamburg, 10. Januar. Der seit dem 21. Dezember v. J. vermiste Finzenwärter Fischewer H. F. 111 ist gestern gemeldet worden.

Glück, 10. Januar. Amtliche Meldung. Die Strecke Rüders-Reinerz ist durch Schneeverwehungen seit heute unfahrbar; die Störung wird voraussichtlich 48 Stunden dauern.

Dramburg, 10. Januar. Amtliche Meldung. Die Strecke Bramstedt-Buelzin wegen Dammrutschung auf länger als 24 Stunden gesperrt. Personenebefuhr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrechterhalten.

Aachen, 10. Januar. Der Mörder des Pfarrers Hoebes in Seldenkirchen, Metzgergeselle Judde aus Schalle, ist hier in einer Herberge verhaftet worden.

Volkswirtschaft.

Emden, 10. Januar. Der Betrieb der Schiffswerft und des Dock der Aktiengesellschaft Nordseewerke wurde heute nachmittags von dem Regierungspräsidenten Prinzen von Ratibor im Beisein der Behörden eröffnet. Der Regierungspräsident legte die Dampfstrafstation und damit alle Werkzeugschiffen in Betrieb. Dem Kaiser wurde die Inbetriebsetzung der Nordseewerke durch ein Guldigungstelegramm gemeldet.

Wenn Ihr seht, daß auf schlechtem Wege oder bei schlechtem Wetter ein Fuhrwerk nicht weiter kann, so ist es den Pferden lieber, daß Ihr schieben helft, als daß Ihr auf den Kutscher schimpft.

Witterungsbericht zu Bromberg.

Beobachtungsstation: Thonerstrasse.

Tageslaender für Donnerstag, 12. Januar. Sonnenaufgang 8 Uhr 9 Minuten. Sonnenuntergang 4 Uhr 8 Minuten. Tageslänge 7 Stunden 55 Minuten. Südl. Abweichung der Sonne 21° 42'. Mond vor dem ersten Viertel. Mondanfgang gegen 11 Uhr vormittags. Untergang nach 7/12 Uhr nachts.

Uebersichtstabelle.

Zeit der Beobachtung	Temperatur im Schatten	Temperatur in 1 m Höhe	Temperatur in 2 m Höhe	Windrichtung	Windstärke
1 10 Mittags 1 Uhr	76,4	2,4	42	W	1
1 10 Abends 9 Uhr	75,6	0,6	68	W	3
1 11 Früh 9 Uhr	75,4	1,8	70	W	3

Skala für die Bewölkung: 0 = heiter, 1 = leicht bewölkt, 2 = stark bewölkt, 3 = ganz bedeckt.
Temperatur-Maximum gestern 2,1 Grad Reaumur = 2,6 Grad Celsius. Temperatur-Minimum nachts 0,2 Gr. Reaumur = 0,2 Grad Celsius.

Voraussichtliche Witterung für die nächsten 24 Stunden: Windig, vielfach trübe und zu Niederschlägen geneigt.

Wasserstände.

Ort	Begegnung	Wasserstände		Höhe über Meer	Beobachtet	
		Tag	Nacht			
1	Weiße Elster	27,2	1,32	28,12	1,30	0,02
2	Zacroszum	5,1	1,34	6,1	1,43	0,09
3	Thorn	8,1	0,86	9,1	0,96	0,10
4	Brahembünde	10,1	3,26	11,1	3,22	0,04
5	Bromberg D. Begegnung	10,1	5,46	11,1	5,48	0,02
6	Kruschwitz	7,1	1,76	8,1	1,78	0,02
7	Balschleben D. Begegnung	10,1	3,54	11,1	3,54	—
8	Barlischin	10,1	1,62	11,1	1,62	—
9	12. Grom. Schleuse	10,1	1,36	11,1	—	—
10	Weißenhöhe	10,1	0,90	11,1	0,92	0,02
11	Ullsch	10,1	0,70	11,1	0,66	0,04
12	Ullsch	10,1	1,39	11,1	1,35	0,04
13	Gacantau	10,1	1,20	11,1	1,10	0,10
14	Flechte	10,1	1,90	11,1	1,96	0,06

THEE-MESSMER

berühmte Mischungen, hervorragend fein, ausgiebig und billig im Gebrauch. Zu hab. b. Gebr. Nubel, Teleph. 7.

Myrrholin-Glycerin

merkmal unübertroffen bei rauher, empfindlicher Haut. Nicht fettend, reinstes Parfüm. Tube 50 Pf. Erhältlich wie die bekannte Myrrholin-Seife in Apotheken, Drogerien u. Parfümerien. Erfolg: Weisse, zarte Hände, reiner, schöner Teint.

Beste Haut-Pflege-Mittel.

Beilage.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 11. Januar.

*** Personalien.** Die Wahl des Direktors des Gymnasiums in Rawitsch Professors Dr. Raumann zum Direktor der Gymnasialabteilung der Hohenzollernschule in Schöneberg ist bestätigt worden. Der bisherige Seminaroberlehrer Dr. Schmitz in Siegburg ist zum Seminardirektor ernannt und ihm das Direktorat des Schullehrerseminars in Rempen verliehen worden. Dem Regierungsbaumeister des Hochbauamtes Paul Schröder in Bromberg ist die nachgehende Entlassung aus dem Staatsdienst erteilt worden. Veretzt sind: Regierungs- und Baurat Zeran, bisher in Schneidemühl, als Vorstand der Eisenbahnbetriebsinspektion 13 nach Berlin; Eisenbahn-Bau- und Betriebsinspektor Stahl, bisher in Hannover, als Vorstand (auftr.) der Eisenbahnbetriebsinspektion 1 nach Schneidemühl; Eisenbahn-Bauinspektor Otto Wolff, bisher in Dortmund, zur Königlichen Eisenbahndirektion in Bromberg; der Eisenbahndirektor Wirtz, bisher in Königsberg i. Pr., zur Königlichen Eisenbahndirektion in Posen; Regierungssachsektor Großpfeiff, bisher in Elberfeld, zur Königlichen Eisenbahndirektion in Bromberg. Verliehen ist die Stelle eines Eisenbahn-Betriebsinspektorsvorstandes dem Eisenbahn-Bau- und Betriebsinspektor Umlauff (Betriebsinspektion 2) in Schneidemühl.

*** Drittes Abonnements-Künstler-Konzert.** Das Programm, welches das Holländische Streich-Quartett im dritten Abonnements-Konzert der Firma M. Eisenhauer am Donnerstag im Zivilcasino zu Gehör bringen wird, ist bereits im Inzeratenteil unseres Blattes veröffentlicht worden. Am 18. November 1904 spielte das Quartett in Paderborn dieselben Streichquartette, welche es auch für sein hiesiges Konzert auf das Programm gesetzt hat. Darüber schreibt das „Westfälische Volksblatt“: „In Technik, in weicher Zartheit und süßer Innigkeit des Tones und in künstlerisch harmonischem Zusammenwirken werden sie kaum Nebenbuhler finden. Gleiche Begeisterung des Publikums erzeugte der Vortrag des russischen Quartetts op. 40. Der erste Satz führt das packende Hauptthema in mächtigen Saitenlegungen polyphon durch, während der zweite Satz eine ergreifende Klage bildet.“ Die Vortragsfolge umfasst außer diesen beiden Quartetten noch zwei Quartettsätze (Andante cantabile aus op. 11 von Tschairowsky und Variationen in Dmol von Schubert) und drei Cellosoli, welche von dem Cellisten des Quartetts Herrn Jacques van Vier vorgetragen werden.

f. Der Gastwirtsverein für den Regierungsbezirk Bromberg hielt seine letzte Monatsversammlung im Viehhofrestaurant ab. Der Vorsitzende eröffnete unter Bekanntgabe der Tagesordnung diese erste Versammlung im neuen Jahre, allen Vereinsmitgliedern ein frohes, gesundes neues Jahr wünschend. Verschiedene eingegangene Offerten wurden zunächst bekannt gegeben; alsdann erfolgte die Aufnahme eines neuen Mitgliedes und zwei weitere Anmeldungen. Der Kassenbericht der Vereinskasse pro Oktober-Dezember 1904 gelangte durch die Kassenprüfer hierauf zur Verlesung. Der Vorsitzende berichtete dann über das Stiftungsfest und die Weihnachtsspenden. Nach Erledigung verschiedener innerer Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, die nächste Monatsversammlung am Freitag, 3. Februar, nachmittags 4½ Uhr, bei Herrn Emil Kleinert in Schleusenau abzuhalten.

g. (Der Verein deutscher Katholiken St. Winfried hielt gestern Abend im Wicherischen Festsaal seine diesjährige Hauptversammlung ab, die gut besucht war. Nach einleitenden Begrüßungsworten des Vorsitzenden Departementstierarztes Peters erstattete der Schriftführer Eisenbahndirektor Siegel den Jahresbericht. Denselben entnehmen wir, daß Ende 1903 die Mitgliederzahl des Vereins 189 betrug, und gegenwärtig 194 beträgt. Vereinsmitglieder fanden 8 statt, außerdem mehrere Vorstandssitzungen. Vorträge wurden 6 abgehalten und 3 Mal veranstaltete der Verein Vergnügungen. — Hierauf erstattete der Kassierer Generalkommissionssekretär von Tschibiatowski den Kassenbericht, der einen günstigen Abschluß aufwies. Während am Schlusse des letzten Jahres der Kassenbestand nur 157,74 Mark betrug, weist die Kasse heute die Summe von 427,18 Mark auf. Die Einnahmen beziffern sich auf 928,89 Mark, die Ausgaben auf 605,29 Mark; dazu kommt noch der Bestand des Fonds der Begrüßungskostenbeihilfe mit 103,58 Mark. Die Sammlung für die Weihnachtsspenden des Vereins, bei welcher 103 Kinder und 13 Witwen bedacht werden konnten, ergab 721,25 Mark, die verausgabt wurden. Der Kirchenbaufonds weist gegenwärtig 81,05 Mark auf. — Den beiden Referenten wurde für ihre gewissenhafte Geschäftsführung der Dank des Vereins ausgesprochen. — Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: Erster Vorsitzender Departementstierarzt Peters, stellvertretender Vorsitzender Präbendar Ewert, Schriftführer Eisenbahndirektor Siegel, stellvertretender Schriftführer Präparandenanfallsvorsitzer Tolkmitz, Kassierer Generalkommissionssekretär von Tschibiatowski, stellvertretender Kassierer Schneidermeister Link, Beisitzer prakt. Arzt Dr. Großkopf, Seilermeister Fieberg, Lehrer Volkman. Beschlossen wurde sodann, das Geburtsfest des Kaisers am 24. Januar abzuhalten und hierzu ein Vergnügungskomitee gewählt. Ein Antrag auf tatkräftigere Propaganda für den Kirchenbaufonds fand Annahme. — Zum Schluß hielt Präparandenanfallsvorsitzer Tolkmitz noch einen sehr interessanten Vortrag über die Vorbildung unserer Lehrer.

*** Eine Ortsgruppe von Musiklehrerinnen** hat sich neuerdings, nach dem Beispiel in vielen anderen Städten, auch hier gebildet. Sie ist angeschlossen an den allgemeinen deutschen Musik-Lehrerinnen-

verein und ihren Hauptzweck bilden die Bestrebungen nach engerem kollegialem Zusammenhalten, Gebung der musikalischen Interessen und Einheitlichkeit in der Gestaltung der Honorarfragen. In Aussicht genommen ist auch die Gründung eines Unterstützungsfonds für erkrankte Musiklehrerinnen, die Mitglieder der Ortsgruppe sind. Für diesen Zweck veranstaltete Fel. Rosa Bassarige am 12. Februar ein Konzert unter Mitwirkung geschätzter hiesiger Kräfte. Näheres darüber wird noch bekanntgegeben werden.

*** Fernsprecherkehr.** Bromberg ist zum Sprechverkehr mit Wolkowo zugelassen. Die einfache Gesprächsgebühr beträgt 1 Mark.

§ Kafel, 10. Januar. (Herr Adebear auf Reisen.) In dem heute Nachmittag ½2 Uhr aus Bromberg eintreffenden Personenzug schenkte in einem Wagen 4. Klasse eine Frau aus Großdorf bei Wirbitz, die auf der Rückfahrt nach Hause begriffen war, einem Knäblein das Leben. Mutter und Kind fanden vorläufig Aufnahme im hiesigen Krankenhaus.

— Hohenfalza, 10. Januar. (Diebstahl.) Aus dem Brennereistall in Orghheim sind dem Speibeur Sälzinger aus Tremesien vier Pferde und zwar ein braunes Pferd, ein Nappe und zwei Schimmel gestohlen worden. — Einen ehrlichen Gefellen glaubte ein hiesiger Fleischermeister zu haben, welcher auch längere Zeit bei ihm in Arbeit stand. Um sich billige Wäsche zu beschaffen, bezahlte er diese der Wäscherin mit Fleisch, Wurst und Speck, welche dem Meister gehörten. Als dieses Geschäft gut ging, fing er an, sogar Fleischwaren zu verkaufen, wobei er abgefäht, zur Anzeige gebracht und dem hiesigen Amtsgericht überliefert wurde.

z Rogilno, 10. Januar. (Stadtverordnetenversammlung.) In der heute abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten fand zunächst die feierliche Einführung der neugewählten Stadtverordneten Rechtsanwält und Notar Volk, Gutsbesitzer Kahlke, Steuersekretär Teslaw, Maschinenschreiber Thämel und Gutsbesitzer Krüger, sowie die Einführung des Magistratsmitgliedes Dr. Wege statt. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde der Kaufmann Leopold Lawin, zum Stellvertreter Gutsbesitzer Rathke und zum Schriftführer Kaufmann Drunder gewählt. Darauf wurden die Wahlen der verschiedenen Kommissionen vorgenommen. Nach der Sitzung vereinigten sich die Herren zu einem Diner im Hotel Wollenweber. Der jetzige Magistrat setzt sich demnach zusammen aus Bürgermeister Jähje, Beigeordnetem J. London und Stadtrat Dr. Wege. Die zweite Körperschaft besteht aus 12 Stadtverordneten, 8 Deutschen und 4 Polen.

M Dornik, 10. Januar. (Stadtverordnetenversammlung.) Bei der gestrigen Stadtverordnetenversammlung hier selbst wurden die im November neu gewählten Stadtverordneten Manste, Sering und Kaufel, sowie der neu gewählte und befähigte Magistratschöffe Glowinski in das neue Amt eingeführt. Als Beitrag zur Hochzeitfeier für den Kronprinzen wurden 100 Mark bewilligt. Der Kommunaletat wurde pro 1905 in Einnahme und Ausgabe auf 76 172,50 Mark festgesetzt.

er Grätz, 10. Januar. (Verkauf.) Der Kaufmann W. Silberberg von hier hat sein in der Breitenstraße belegenes Hausgrundstück mit großem Kolonialwarengeschäft und Destillation an den Kaufmann Caspar aus Posen für den Preis von 42 000 Mark verkauft.

A. Kolmar i. P., 10. Januar. (Mysteriöser Leichenfund.) Bei der heutigen in der königlichen Forst Rodanin abgehaltenen Treibjagd wurde von den Jagdteilnehmern in der Nähe der Sägemühle Gyschen an einem Baum an einem Leibriemen hängend ein menschlicher Kopf und ein Arm aufgefunden. Die Finger des Armes, welche fast vom Fleisch entblößt waren, hatten einen st. umklammert. Der bereits stark in Verwesung übergegangene Körper lag am Erdboden. Die Persönlichkeit des Toten konnte bisher nicht festgestellt werden, da Legitimationspapiere fehlten. Jedenfalls liegt Selbstmord vor.

Deutscher Reichstag.

114. Sitzung vom 10. Januar, 2 Uhr.
Am Bundesratsstische bei Beginn der Sitzung nur Kommissare.

Präsident Graf Ballestrem: Indem ich die Sitzung eröffne, wünsche ich allen Herren Kollegen ein recht frohliches neues Jahr.

Auf der Tagesordnung stehen nur Resolutionen.

Zunächst zur Beratung steht die Resolution des Abg. v. Salbern (kons.), der verlangt, daß der § 48 des Zentraldienstverordnungs-gesetzes dahin abgeändert wird, daß die Rente auch gezahlt wird, wenn der Rentenberechtigte zum Zwecke der Erhaltung der Wiederbeschaffung seiner Gesundheit seinen Aufenthalt im Auslande zu nehmen gezwungen ist. Bisher ruhte die Rente, wenn der Berechtigte sich im Auslande befand.

Abg. v. Salbern (kons.) begründet die Resolution. Es wäre doch eine große Härte, wenn jemand gezwungen wäre, seiner Gesundheit wegen eine teure Auslandsreise zu machen und dadurch seine Rente verlore. Vielleicht würde auch mancher, aus Besorgnis, dann die Rente zu verlieren, eine nötige Reise unterlassen. Um diese Unbilligkeit aus der Welt zu schaffen, bitte er um Annahme der Resolution.

Abg. Erzberger (Zentr.) erklärt, daß seine Freunde bereit seien, der Resolution zuzustimmen; allerdings würde es wohl nicht häufig vorkommen, daß Rentempfangende eine Reise nach der Riviera machten. Dagegen würde die Aufhebung der Bestimmung in höherem Grade den Ausländern zu gute kommen, die sich im Falle der Erkrankung in ihre Heimat begeben. Es müßten daher Vorkehrungen getroffen werden, daß die ausländischen

Arbeiter nicht besser als die deutschen gestellt würden.

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar gibt zu, daß die Forderung der Resolution beabsichtigt sei. Sie werde daher in wohlwollende Erwägung gezogen und bei der nächsten Novelle zum Zentraldienstverordnungs-gesetz berücksichtigt werden. Eine Verdrängung der Ausländer sei nicht zu befürchten, denn wenn diese sich in ihre Heimat begeben, blieben sie meistens dort, und es sei daher billig, wenn sie eine Entschädigung bekämen.

Abg. Stadthagen (Soz.) ist auch für die Resolution, da diese nur das Wohl, was die Sozialdemokraten schon bei der Verlesung des Gesetzes beantragt hatten. Er bitte aber die Regierung, mit der Durchführung dieser Forderung nicht bis zu einer großen Novelle zu warten, sondern sie gleich vorzunehmen.

Abg. Dr. Becker (nat.-lib.) führt aus, daß auch seine Fraktion der Resolution zustimmen würde, da sie der Ansicht sei, daß alle Härten des Gesetzes beseitigt werden müßten. Allerdings müßte die Rente nur so lang gezahlt werden, so lange der im Auslande Befindliche die deutsche Staatsangehörigkeit behalte.

Hiermit schließt die Diskussion. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Es folgen Resolutionen über den Befähigungsnachweis und die Lehrlingsausbildung.

Die Abg. Dr. Hitz (Zentr.) und Genossen verlangen einen Gesetzesentwurf, welcher

a) die Ausbildung von Lehrlingen nur solchen Personen in handwerksmäßigen Betrieben gestattet, welche den Anforderungen zu führen berechtigt sind,

b) für die selbständige Ausübung des Baugewerbes den Befähigungsnachweis einführt.

Die konservativen Abg. Dr. Dröschner und Genossen verlangen eine Novelle zur Gewerbeordnung, die besonders folgende Bestimmungen enthalten soll:

In Handwerksbetrieben steht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, welche das 24. Lebensjahr vollendet haben und in dem Gewerbe oder in dem Zweige des Gewerbes, in welchem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll, die Berechtigung zur Führung des Meistertitels haben.

Außerdem verlangen sie, daß nach Ablauf der Lehrzeit der Lehrling sich einer Gelehrerprüfung zu unterziehen hat.

Wit zur Debatte steht auch eine große Anzahl von Petitionen, welche den Befähigungsnachweis für das Handwerk verlangen.

Die Kommission beantragt, diese Petitionen, soweit sie sich auf die Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe beziehen, der Regierung zur Ermägung zu überweisen, soweit sie aber den allgemeinen Befähigungsnachweis verlangen, durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Gleitsmann (Zentr.) befürwortet den Antrag Hitz. Wenn man dem Handwerker wirklich helfen wolle, müße man der schrankenlosen Gewerbetätigkeit ein Ende machen. Nur ein Meister dürfe Lehrlinge ausbilden; wenn dies Gesetz sei, werde auch der schädlichen Lehrlingszucht ein Ende gemacht. Ferner beantragt Redner, alle Petitionen, soweit sie sich im Sinne des Antrags Hitz bewegen, zur Berücksichtigung zu überweisen, damit die Ausbildung der Lehrlinge sei ein eminent wichtiges soziales Moment. Ohne den Befähigungsnachweis würde man aber nicht auskommen können.

Abg. Fagitz (nat.) faßt die eingebrachten Resolutionen zusammen und beantragt, ihnen folgende Fassung zu geben:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag zunächst bald einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen

1. die Gewerbefreiheit dahin abgeändert wird, daß in Handwerksbetrieben die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zusteht, welche den Meistertitel zu führen berechtigt sind und das 24. Lebensjahr vollendet haben;
2. zur Meisterprüfung auch solche Personen zugelassen werden, die 5 Jahre hindurch als Wermeister oder in ähnlicher Stellung tätig sind;
3. zugunsten derjenigen Handwerker, die bei Inkrafttreten dieser neuen Bestimmungen zur Anleitung von Lehrlingen befugt sind, eine angemessene Übergangsfrist gewährt werde;

II. den gewerblichen Lehrlingen, jugendlichen Arbeitern, Arbeitsbüchsen usw. der Besuch einer Fortbildungsschule zur gesetzlichen Pflicht gemacht wird.“

In der Begründung seines Antrages bemerkt Abg. Fagitz (nat.): Die beiden von der konservativen und der Zentrumsfraktion eingebrachten Anträge leiden an zu großer Allgemeinheit. Es müssen gewisse Verbesserungen und Zusammenfassungen vorgenommen werden, wie wir sie in unserem Antrage zusammengestellt haben, auf Grund deren uns dann die Regierung gesetzgeberische Vorschläge machen kann. Der § 129 der Gewerbeordnung hat zweifellos eine gewisse erzieherische Wirkung gehabt. Nach sachverständiger Überzeugung möchte auf diese Weise jetzt ein besserer Lehrlingsstand heran als vorher. Das ist ein guter Kern, während außen herum noch die alten Schäden bestehen geblieben sind. Beachtenswert erscheint mir eine von dem Gewerbevereinstage in diesem Jahre in Stralsburg einstimmig gefaßte Resolution, welche es bedauert, daß immer noch eine erhebliche Zahl von Lehrlingen in die Hand unthätiger Erzieher fällt, und verlangt, daß die Gesetzgeber da eintreten müssen. Als Fazit aller Beobachtungen hat man die Forderung aufgestellt, die Berechtigung zur Anleitung des Lehrlings auf den geprüften Meister zu beschränken, jedoch mit einem gewissen Vorbehalt. Diesen Vorbehalt be-

trachte ich vollständig in dem Antrage des Zentrums, so daß also lediglich nur berechtigt sein soll, Lehrlinge auszubilden, der die Lehrlingszeit durchgemacht und die Gelehrer- und Meisterprüfung bestanden hat. Es wird auch wohl der Wunsch des Zentrums gewesen sein, dies nur als Regel hinzustellen und daneben Ausnahmen anzuerkennen. Wir haben in neuerer Zeit mit Ausnahmen an anderer Stelle Erfahrungen gemacht, die es als wünschenswert erscheinen lassen, daß wir möglichst genau angeben, was wir als Regel und was als Ausnahme ansehen wollen. Wir sind damit einverstanden, daß in der Regel nur derjenige, der den ordnungsmäßigen Bildungsgang durchgemacht hat, Lehrlinge ausbilden soll. Jedoch gewisse Ausnahmen müssen wir machen. Wir müssen gewisse Übergangsmöglichkeiten lassen, um nicht das ganze Erwerbsleben zu schablonisieren. Wir dürfen keine chinesische Mauer bauen. Als wichtigste Ausnahme betrachte ich die zugunsten der Werkmeister. Durch unsern Antrag soll nur eine Verbesserung und Änderung des Abs. 1 des § 129 der Gewerbeordnung herbeigeführt werden. Vor allen Dingen soll die Bestimmung bestehen bleiben, welche die höhere Verwaltungsbefugnis in den Stand setzt, Personen, welche nicht den Meistertitel und damit nicht die Berechtigung zur Ausbildung von Lehrlingen haben, diese Berechtigung dennoch zu gewähren. Wir wollen auch den Behörden das Recht lassen, Prüfungszeugnisse von höheren gewerblichen Schulen als Ersatz für die abgelegte Meisterprüfung anzusehen. Gerade aus diesen Schulen gehen sehr nutzbringende Elemente hervor, welche nicht nur ihre Lehrlings- und Gelehrerzeit durchgemacht haben, sondern auch wissenschaftlich gebildet sind. Auch ihnen muß man das Recht geben, Lehrlinge anzuleiten. Unser dritter Antrag endlich versucht, Übergangsbestimmungen zu schaffen. Nun aber: Wenn man die Bestimmungen von 1897 ändern will, so kann man dies meines Erachtens nicht tun, ohne auch das Bildungswesen im Handwerk endlich auf eine gedeihliche Basis zu stellen. Man muß dann auch einen obligatorischen Fortbildungsunterricht verlangen. Baden und Württemberg haben damit bereits die besten Erfahrungen gemacht. Je weiter wir nach dem Osten des preussischen Staates kommen, desto schlimmer werden die Verhältnisse in dieser Beziehung. Ein gewisses Mindestmaß von Fortbildungsunterricht muß jeder gehabt haben, der ein Handwerk später ausüben will. Und das will unser Antrag unter II. Ich hoffe, daß das Haus ihm seine Zustimmung nicht verweigern wird. (Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. Dr. Pachtke (freis. Vg.): Die beste Prüfungsform für Handwerker bleibt nach wie vor das Publikum. Leitet der Mann eine gute Arbeit, so wird die Ware gekauft. Laugt sie nichts, so bleibt sie liegen. Was sollen da alle die Projekte, die Nachweise? Sie sollen damit nur die Frage der Abgrenzung der Gewerbe wieder auf und bringen all die Kräfte, welche vergangener Jahrhunderte wieder hinein, die unsere Gewerbeordnung glücklich über den Haufen gerannt hat. Die Freunde des obligatorischen Befähigungsnachweises sind ja selber mittlerweile still und irre an ihrer Lehre geworden. Zum Teil haben sie ihn bereits preisgegeben. Denken Sie nur an Herrn Jacobskötter. Und auch das Zentrum als Fraktion verlangt den generellen Befähigungsnachweis nicht mehr. Aber auch der spezielle ist vom Übel. Was soll er im Baugewerbe? Das Wissen kann man prüfen, das Gewissen nicht. Wenn man für das Handwerk etwas tun wolle, müße man den Besuch der Fortbildungsschule obligatorisch machen. Soweit würden seine Freunde gehen, weiter nicht.

Abg. von Dirksen (Reichsp.) erklärt sich gegen den allgemeinen Befähigungsnachweis, dagegen seien seine Freunde für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe und in allen mit Gefahren verknüpften Betrieben. Auch über den obligatorischen Fortbildungsbefuch lasse sich reden, doch würde er sich auf dem Lande nicht durchführen lassen. Die Forderungen der Arbeiter seien mit automobilartiger Geschwindigkeit erfüllt, die Wünsche der Handwerker hätte man noch immer nicht erfüllt. Man müße daher endlich mal etwas für das Handwerk tun, und wenigstens für das Baugewerbe den Befähigungsnachweis einführen, zumal da sich auch der frühere Minister Bredel dafür ausgesprochen habe und das Handwerk in seiner Gesamtheit an dieser Forderung festhalte. Der Reichstag sei oft genug für die Handwerker eingetreten, wenn, trotzdem nichts geschehen sei, so treffe die Schuld nur die Regierung, die sich bisher ganz passiv verhalten habe, obwohl die Frage des Befähigungsnachweises für die Bauhandwerker längst spruchreif sei.

Abg. Lottmann (Antisemit) führt aus, daß seine Freunde ebenfalls den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe für wünschenswert und durchführbar hielten. Den beiden vorliegenden Resolutionen würden sie zustimmen, auch der Abänderungsantrag Fagitz sei ihnen sympathisch. Doch gehöre der Passus bezüglich des Fortbildungsunterrichts nicht hierher, sondern ins preussische Abgeordnetenhause.

Abg. Euler (Ztr.) tritt lebhaft dafür ein, daß der Befähigungsnachweis für das Baugewerbe eingeführt werde. Der gesamte deutsche Handwerkerstand sei von der Notwendigkeit dieser Forderung überzeugt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Zweite Staatsberatung, Staats des Reichstages, der Reichsjustizverwaltung, des Reichsreisbahnamts usw.)

Schluß 6 Uhr.

Man verlange

ausdrücklich die Originalmarke „Dr. Hommel's“ Haematogen und lasse sich Nachahmungen nicht aufreden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

116. Sitzung vom 10. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr von Rheinbaben und andere.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung. (Etat und Etatsgesetz.)

Minister Freiherr von Rheinbaben: Das vergangene Jahr war sehr arbeitsreich. Das Etatsjahr 1901 schloß mit einem Minus von 37 1/2 Millionen ab; es war also bei der Aufstellung der folgenden Etats große Vorsicht geboten. Die Belegung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich Dezember 1902 bemerkbar machte, konnte bei der Aufstellung des Etats für 1903 nicht mehr berücksichtigt werden. Diese Belegung hat sich aber nachher in erfreulichster Weise bemerkbar gemacht. Namentlich im Eisenbahnbereich ist sie zu Tage getreten. Die Eisenbahnverwaltung hat gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von 106 Millionen ergeben. (Hört! hört!) Dagegen hat die Bergverwaltung eine Mindereinnahme von 8 Millionen ergeben. Hauptächlich ist dies auf Steigerung der Löhne und auf große Kapitalisierungsarbeiten bei Anläufen zurückzuführen. Das Rechnungsjahr 1903 hat mit einem Überschuss von 63 1/2 Millionen abgeschlossen. Davon sind 30 Millionen dem Eisenbahnausgleichsfonds überwiesen, der bekanntlich kürzlich durch Gesetz gebildet wurde. Nun zu 1904. Die Hoffnungen, die man auf dies Jahr gesetzt hatte, sind im allgemeinen in Erfüllung gegangen. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sind durch die auswärtigen Wirren nicht sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Dagegen hat die Landwirtschaft durch die anhaltende Dürre sehr gelitten. Die direkten Steuern werden wohl ein Mehr von 8 1/2 Millionen ergeben, die indirekten ein Mehr von 6 1/2 Millionen. Die Eisenbahnverwaltung schätzt ihren Reinertrag gegen den Etatsantrag auf 27 1/2 Millionen. Das Finanzministerium schließt aber aus dem Ergebnis der ersten 8 Monate, daß man mit einer Mehreinnahme von 90 Mill., d. h. nach Abzug der Mehrausgaben, mit einem Überschuss von 50 Millionen zu rechnen hat. In anderen Ressorts hat man Mehrausgaben machen müssen. Das Finanzministerium hat solche von 3 1/2 Millionen, die Bauverwaltung von ca. 1 Million. Der Gesamtüberschuss wird wohl 40 Millionen ergeben. In Matrifularbeiträgen müssen wir 10 Millionen zahlen. Der Betrag ist uns freilich gestundet, aber wir müssen ihn doch von den 40 Millionen in Abzug bringen. Bleiben 30 Millionen, die dem Eisenbahnausgleichsfonds überwiesen werden.

Was aus 1905 werden soll, das steht natürlich in Gottes Hand. Wir dürfen hoffen, daß die günstige Entwicklung des Jahres 1904 auch im Jahre 1905 fortbauern wird und also auch in diesem Jahre die wirtschaftliche Entwicklung eine günstige sein wird. Für die Industrie ist von großem Interesse die Steigerung des Inlandsverbrauchs. Erfreulich ist die Abnahme der Getreideeinfuhr, die Steigerung der Ausfuhr. Die Handelsverträge müssen meiner Ansicht der Landwirtschaft den nötigen Schutz zu geben und namentlich gerade der kleinen Landwirtschaft, (Beifall rechts.) Auch der Industrie werden die Handelsverträge wesentliche Vorteile bringen. Freilich wird diese sich zum Teil anders einrichten, mit veränderten Absatzgebieten und Verhältnissen rechnen müssen. Aber dafür hat sie jetzt die Möglichkeit, auf 12 Jahre im Voraus kalkulieren zu können. Und das Gefühl der Sicher-

heit und Stabilität, das sie dadurch bekommt, ist für die Industrie denn doch das Wichtigste. Unsere Industrie hat ein Interesse an einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung Amerikas. Der Etat 1905 balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 2713 Millionen, während der Etat 1904 mit 2800 Millionen balanciert, also ist die Summe für 1905 um 90 Millionen niedriger. Das kommt von der im Reiche vorgekommenen kleinen Finanzreform. Allerdings bleibt nach wie vor das Mißverhältnis bestehen, vom Reiche mit unverhältnismäßig hohen Summen in Anspruch genommen werden zu können. Ein Betrag von 120 Millionen an Mehreinnahmen ist in den Etat 1905 eingestellt, denen im Ordinarium 104 und im Extraordinarium 25 Millionen Mehrausgaben gegenüberstehen, so daß sich Mehreinnahmen und Mehrausgaben bedeu. Wir müssen aber damit rechnen, daß den guten Zeiten immer wieder schlechte folgen. Der bisherige Verlauf der Dinge zeigt das zur Genüge. Man darf also nicht auf die hohen Eisenbahneinnahmen dauernde Mehrausgaben hoffen. Ich bitte Sie dringend, vorsichtig zu sein, und z. B. nicht die Beamten zu stetig neuen Ansprüchen zu ermuntern. Auch beim Volksschulgesetz, das im Laufe dieses Jahres noch kommt, bitte ich Sie, an meine Warnung zu denken: auf vorübergehende Einnahmen nicht dauernde Ausgaben zu tätigen! Unser direktes Steuernwesen bedarf einer Reform und einer Ergänzung. Ich kann aber heute eine Erklärung hierüber noch nicht abgeben, da die Vorentscheidungen noch keineswegs abgeschlossen sind. Namentlich auch darüber, wie eine Verchiebung der Staatssteuerverhältnisse auf das kommunale Leben einwirken wird. Wie die Sache liegt, ist unsere Finanzwirtschaft von den Eisenbahnüberschüssen abhängig. Daher muß man sich in acht nehmen, die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legt. Seien Sie mit Ihren Wünschen auf Tarifermäßigung zurückhaltend! Für die Ermäßigung der Gütertarife liegt keine Notwendigkeit, für die Ermäßigung der Personentarife kein Bedürfnis vor. Ich freue mich, daß die Budgetkommission wohl eine Vereinfachung, aber keine Erniedrigung der Tarife verlangt hat.

Nedner geht nun zur Erläuterung einzelner Etatsposten über. In der Forstverwaltung soll für die wissenschaftliche Ausbildung der Forstbediensteten etwas getan werden durch Einrichtung einer Forstlehrlingschule. Ueberaus groß ist das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung (150 Millionen); so groß ist es noch nie gewesen. Die Verwaltung sucht eben den steigenden Ansprüchen des Verkehrs gerecht zu werden. 6 Millionen sind für den Bahnhofsbaubau in Spandau ausgesetzt. Auch für Bahnhofsbaubauten im Westen der Monarchie sind große Summen eingestellt, zum Beispiel für Köln. Auch die Betriebsmittel erfordern sehr reichliche Mittel. Die Ausgaben der Allgemeinen Staatsverwaltung sind um 23 Millionen erhöht worden, um endlich die Fonds, die dauernd überschritten werden, ins Gleichgewicht zu setzen. Der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten der Provinzen zur Förderung des Deutschtums wird um 750 000 Mark erhöht. Für eine neue Bezirksregierung in Allenstein vom 1. Oktober 1905 ab sind gleichfalls Mittel in den Etat eingestellt worden. Verschiedene Gebiete des gemeinlichen Unterrichts erhalten im neuen Etat eine Förderung. Auch soll ein Landesgerichtsbeamter gebildet werden. 250 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte, 340 neue Stellen für Bureaubeamte und 92 Stellen für Kanakisten werden im neuen Etat gefordert. Für die General-Kommissionen wird auch mehr verlangt. Der Dispositionsfonds für die Landwirtschaft ist um 110 000 und der Dispositionsfonds um 200 000 Mark vermehrt worden. Sehr bedenklich ist die Abwanderung aus den östlichen Provinzen, namentlich stark war sie im Bezirk Posen. Dabei nimmt die Zuwanderung der Polen im Osten immer mehr zu. Im neuen Etat sind daher 2 Millionen Mark für innere Kolonisation und 300 000 Mark für Meliorationen

eingestellt worden. Diese Summen sind für Ostpreußen und Pommern bestimmt, da für Westpreußen und Posen schon der Anstielungsfonds besteht. Zur Abhilfe des Lehrermangels sind vier neue Seminare vorgesehen, für die Lehrer in den Ostmarken sind ausreichende Zulagen vorgesehen, auch zum Teil für die in Ostpreußen. Nedner geht weiter auf Einzelheiten des neuen Etats ein. Die Anforderungen sämtlicher staatlicher Verwaltungen sind ganz enorm gestiegen. Ich bitte daher, Maß zu halten in neuen Forderungen und bitte ferner, doch dafür zu sorgen, daß der Etat in diesem Jahre zur richtigen Zeit fertig wird. (Beifalliger Beifall.)

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Über eine Petition um Verbesserung der Verhältnisse der Eisenbahn-Werkführer (Beförderung zu Subalternbeamten, Berechnung des pensionfähigen Dienstalters, vom Tage der Ernennung zum Vorkarrieren an, Gehaltserhöhung) beantragt die Kommission (Berichteratter Abg. Wegger [nat.]) Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Prieke (nat.) beantragt dagegen, Überweisung der Petition an die Regierung als Material.

Abg. Mary (Zentr.) führt an, daß manche Eisenbahnarbeiter usw. höhere Löhne hätten, als ihre vorgelegten Werkführer.

Abg. Jacobsfütter (konf.) beantragt Überweisung der Petition zur Erwägung. Ein gleicher Antrag ist vom Abgeordneten Goldschmidt (frei. Bp.) eingelaufen.

Abg. Freiherr von Wolff-Metternich (Ztr.) unterstützt diesen Antrag.

Abg. Brömel (frei. Bg.) bemerkt, die Beschwerden der Eisenbahnbeamten und Arbeiter seien derart, daß sie mit Recht eine genaue sachliche Prüfung erforderten. Soffentlich werde der Antrag auf Überweisung zur Erwägung einstimmig angenommen. Sehr wünschenswert würde es sein, wenn die Budgetkommission in Zukunft über die Verhandlungen über solche Petitionen einen ausführlichen schriftlichen Bericht erstatten wollte.

Ein Regierungskommissar bemerkt, die Verwaltung habe bereits Maßnahmen getroffen, daß in Zukunft die Werkführer nicht schlechter gestellt seien, als sie es vorher als Arbeiter gewesen seien. Auch wolle man immer mehr etatsmäßige Stellen schaffen. Der Wohnungsgeldzuschuß werde ja jetzt für alle unteren Beamten, also auch für die Werkführer, erhöht werden. Nedner widerspricht im übrigen den Forderungen der Petition.

Abg. Fricke (nat.-lib.) zieht seinen Antrag zurück und schließt sich dem Antrage auf Überweisung zur Erwägung an.

Abg. von Pappenheim (konf.) nimmt als Vorsitzender der Budgetkommission diese gegen den Abgeordneten Brömel in Schutz. Die Budgetkommission habe die Petitionen sämtlich sehr gründlich beraten. Eine lange Berichterstattung werde nur zur unnötigen Verlängerung der Debatten führen.

Abg. Brömel (frei. Bg.) meint, die Beamten hätten doch ein Interesse daran, daß ihre Petitionen nicht nur im Dunkel der Budgetkommission, sondern hier öffentlich im Plenum ausführlich behandelt würden.

Abg. Goldschmidt (frei. Bp.) schließt sich dem Vorredner an und meint, die Budgetkommission berate die Petitionen nicht gründlich genug.

Abg. von Pappenheim (konf.) weist nochmals diesen Vorwurf „ganz entschieden“ zurück. Der Regierungskommissar bemerkt, daß schon seit einer Reihe von Jahren die Werkführer Stellenzulagen erhielten.

Abg. Goldschmidt erklärt, er habe der Budgetkommission keinen Vorwurf machen wollen.

Die Petition wird durch einstimmigen Beschluß der Regierung zur Erwägung überwiesen. Viele Petenten wünschen, es solle die Beförderung der Eisenbahn-Telegraphisten zu Assistenten für

den Telegraphendienst nur nach dem Dienstalter erfolgen. Die Kommission beantragt Materialüberweisung.

Abg. Mary (Ztr.) empfiehlt Überweisung zur Erwägung.

Ein Regierungskommissar erwidert, im Interesse der Sicherheit des Dienstes sei es notwendig, daß diese Beförderungen nach Maßgabe der Befähigung der Beamten erfolgten.

Abg. Dr. Berndt (nat.-lib.) schließt sich dem Abg. Mary an.

Nach kurzer weiterer Beratung werden diese Petitionen der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Eine Petition um frühere Ernennung der Telegraphendiatäre zu etatsmäßigen Telegraphisten wird nach dem Kommissionsantrage als Material überwiegen.

Eine Petition um Beförderung der Eisenbahnlademeister unter die mittleren Beamten und um Erhöhung ihres Gehalts will die Kommission durch Übergang zur Tagesordnung erledigt sehen.

Abg. Ernst (frei. Bg.) beantragt Erwägung. Abg. Franken (nat.-lib.) schließt sich dem Vorredner an.

Es erfolgt Überweisung zur Erwägung.

Petitionen um Verbesserung der Verhältnisse der Wagenmeister und Silbzwagenmeister sowie um Anrechnung von Silbzwagenmeister bei der Pensionierung der Wagenmeister beantragt die Kommission durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Das Haus beschließt entsprechend einem Antrage (Zentr.) Überweisung zur Erwägung. Petitionen um Verbesserung der Verhältnisse der Haltestellenaufseher und Weichensteller des Stations- und Abfertigungsdienstes werden zur Berücksichtigung überwiesen; die Kommission hatte Erwägung beantragt.

Abg. Dr. Borisch beantragt, die noch auf der Tagesordnung stehenden Petitionen zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen.

Der Antrag Borisch wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Erste Etatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Warnung!!!

Da in der letzten Zeit verschiedene Nachahmungen meiner seit 25 Jahren im Verkehr befindlichen, allein ächten

Apotheker Richard Brandt's

Schweizerpillen

festgestellt und von mir zur Anzeige gebracht wurden, wolle man stets genau darauf achten, daß jede Schachtel als Etikette das nebenstehende, in Deutschland gesetzlich geschützte Warenzeichen



„weisses Kreuz“ im roten Kreise“ mit dem Namenszug Richard Brandt's trage.

Ich bitte, mir alle Fälle bekannt zu geben, wo ver- fucht wird, meine ächten Apotheke Richard Brandt's Schweizerpillen durch nachahmte, billigere, minderwertige usw. Fabrikate zu ersetzen.

Apotheker Friedrich Merding,

Apotheker Richard Brandt's Nachf.

Schaffhausen (Schweiz).

(Nachdruck verboten. Alle Rechte vorbehalten.)

fern von der Welt.

161 Roman von L. Haidheim.

Auch Vogner und der Arzt hatten Wilm angesehen. Er war aber so mit seiner Sorge beschäftigt, daß er alle die Worte nicht beachtete. „Dank ich Sie morgen zu dem Mann begleiten, Herr Doktor?“ fragte er diesen.

„Guten Sie mich um zehn Uhr ab, Herr Gerdena!“

Bei diesen Worten gaben sie sich die Hände, und Wilm und Vogner schritten nach der einen Seite die Straße hinab, während der Doktor den Transport des Kranken leitete.

„Waren Sie mit dem Menschen verfeindet, Wilm? Dieser überfall beruht offenbar auf Eifersucht. Er hat bereits gestern die Absicht gehabt —“ sagte Vogner.

„Der Kerl ist, wie einer der Männer sagte, allabendlich betrunken!“ erwiderte Wilm, ohne die vermutliche Verwechslung mit Claas zu erwähnen. Sie sprachen dann von den möglichen Folgen. Wilm fühlte sich so niedergedrückt, wie nie zuvor im Leben. Am dem Tode eines Menschen schuld zu sein, wenn auch aus Notwehr, das war eine Aussicht, die ihm das ganze Dasein verdunkeln würde, meinte er.

Zu Hause, d. h. in seinem Logierstübchen bei Vogners, fand er einen Brief vor, worin ihm gemeldet wurde, daß ihm die Versicherungssumme morgen von dem Beauftragten der Gesellschaft ausgezahlt werden würde. Von einem Abzug war mit keinem Wort die Rede.

Sie sagten der sie erwartenden Frau Amtsrätcher kein Wort. Vogner fand einen gleichgültigen Grund für seine Abwesenheit und Brüllgeleien kamen am Hafen so oft vor, daß man sich darüber nicht mehr aufregte.

11. Kapitel.

Der alte Inspektor hatte früh um sechs Uhr seine Kormwagen nach der Mühle geschickt. Als dieselben um neun Uhr zurückkamen, erkundete er von den Knechten das „Neueste aus Neustadt“. Und als Marielen um zehn Uhr ihrer jungen Herrin Kleider anprobieren half, die der Postbote in großen Kartons nach Steenbrinken geschleppt, da hatte man

auch von diesem in der Küche erfahren, was schon in der Frühe die Frau Inspektorin berichtet.

„So ein feiner, hübscher Herr! Er sieht aus, als könnte er kein Wasserchen trüben, und ist doch so ein Bösewicht,“ jagte Marielen, die eine Vorliebe für den „schönen“ Herrn Claas gefaßt, der ihrer Behauptung nach aussah wie ein Königssohn und so überaus höflich war.

Alice hatte sie flumm vor Schreden reden lassen. Wilm — ein Mädchenjäger — ein Brandstifter — ein Mörder? Dann raffte sie sich plötzlich auf.

„Das ist ja alles dummes Zeug! Mach' schnell, Marielen, schneide das Kleid wieder aus. Das muß ich dem Herrn Kammerat erzählen!“

Der alte Herr fröhlicke schon zum zweiten, Alices Kante zum ersten Male; er war ein Fröhlich-aufsteher, ließ sich den Tee in sein Zimmer bringen und traf die Damen erst um zehn Uhr, nachdem er bereits seinen Morgensoziierung gemacht.

Der Kammerat fand, daß die strenge Hol-Länderin eine kluge Frau sei, mit der es sich vor allem plaudern ließ, was ihn interessierte. Ihre herbe Lebensweisheit berührte ihn nicht unangenehm; es lag viel Wahres darin, wenn er selbst auch milde dachte und urteilte.

Sie sprachen von dem letzten Ereignis im Städtchen.

„Zahrghehtelang ereignete sich nichts, aber auch gar nichts, außer den Todesfällen, Heiraten und Kindtaufen. Wenn ein Neustädter seine grünen Fensterrahmen weiß streichen oder statt des Goldstanzes eine Hecke machen wollte, dann ließ die ganze Stadt zusammen, um ihre Meinung über solche Neuerungen abzugeben. Und jetzt jagt ein Ereignis das andere und dem armen Wilm wollen sie alles Schlimme in die Schuhe schieben! Als ob es nicht genug wäre, daß sein Pflegevater ihn sozusagen entsetzt hat!“

„Sehen Sie, der Meinung bin ich auch!“ rief Alice, eifrig herantretend.

„Und ich denke, daß der Herr Probus doch wohl gerührt haben wird, was er tat!“ warf die Kante ein. „Stille Wasser sind ries! Wenn die allgemeine Stimme einen Menschen verurteilt, so muß wohl was Wahres daran sein. Der junge Mensch hat sich allem Anschein nach jahrelang als Erbe seines Onkels betrauert; er täuscht sich, er

hat kein Geld, er brennt das alte Gefäß nieder, um —“

„Salt! halt! Ich kenne doch Wilm Gerdena!“ protestierte lebhaft der Kammerat, und Alice rief, vor Ärger ganz rot werdend: „Du hast ihn zweimal gesehen, Tante, wenn Du danach noch so schlecht von dem Herrn Gerdena denkst —“

„Das Ei will wohl wieder mal klüger sein, als die Henne?“ lachte grämlich Frau von Grimberghe. „Ich sage ja nicht, daß Euer Freund ein vorbedachter Bösewicht ist; ich weiß aber, daß eine schlimme Tat zahllose andere nach sich zieht, und daß es ganz natürlich scheint, wenn er den Menschen, der ihn „Mordbrenner“ schimpfte, niederschlug!“

„So? So ist es gewesen? Marielen erzählte es anders!“ jagte Alice und wurde plötzlich feuerrot.

„Was hat denn die gehört?“ fragte der alte Herr, sich über Alices Erzählen heimlich wundernd. Das junge Mädchen schweig; weil er sie aber fragend ansah, mußte sie mit der Sprache heraus.

„Es soll da eine Liebchaft im Spiel sein,“ sagte sie verlegen.

„Ich werde mal dem Frauengemüthe den Standpunkt klar machen müssen!“ fuhr der Kammerat zornig auf. „Dir solche Klatschgeschichten zu hinterbringen! Was diese Weibsbilder doch für Freude an allerlei schmutzigen Geschichten haben. Die soll aber mal lernen, was ihr zukommt!“

„Warum soll das Kind nicht wissen, wie es in der Welt zugeht?“ fragte finstern die Tante. „Das junge Mädchen keine Engel sind, kann sie nicht früh genug erfahren; je eher, desto besser, und sie stellen, desto mehr haben sie es hinter den Ohren.“

„Gnädige Frau — ich bitte!“ wies der Kammerat sie energisch zurecht.

Sie zuckte die Achseln.

„Wir haben jedenfalls sehr verschiedene Ansichten, Herr Kammerat. Aber mir scheint, einer der ersten Grundzüge sollte sein: Wahrheit und Klarheit! Wenn Sie es anders meinen — ich kann ja auch schwören.“

„Nicht schwören! Ich bitte Sie, mich nicht mißzuverstehen. Abgesehen sind wir ganz von unserer Thema abgekommen. Was meint Du, Alice, willst Du mich zur Stadt begleiten? Du kannst Deiner lebenswürdigen Freundin guten

Morgen sagen und ich will versuchen, Wilm zu sprechen, der sofort verhaftet worden sein soll.“

„Verhaftet? Ins Gefängnis gebracht? In so eine Belle, in der man —“

Alice geriet in große Aufregung. Natürlich wollte sie mit. Sie hielt es ja gar nicht zu Hause aus.

„Ist es etwa in Deutschland Mode, daß man die Mörder, wenn sie keine Herren sind, frei herum spazieren läßt?“ fragte die Tante, die sich sowohl über den Kammerat wie über ihre Nichte grimmig ärgerte.

Sie hatten beschlossen, zu Fuß zu gehen. Die Aufschneider wurden eben in der Schmiede neu beschlagen.

Als sie auf dem Wege waren, sahen sie Claas Gerdena.

Der Kammerat rief ihn an. Claas wandte sich um, kam ihnen unbefangen und sichtlich erfreut entgegen und nahm sofort Alices linke Seite in Beschlag, harmlos über das föhlliche Wetter und die Frühlingssarbeiten spredend.

Der Kammerat hörte ihn lange nicht an.

„Sie wissen wohl noch gar nicht, daß Ihr Better einen Mann erschlagen haben soll und im Gefängnis sitzt? Wir haben es von den Knechten und dem Postboten erfahren,“ unterbrach er den jungen Mann.

„Wilm? Das —? Unmöglich!“ stieß Claas mit der Miene vollsten Unglaubens heraus.

„Sie haben also noch nichts gehört?“

„Keine Silbe! Der Postbote ist noch nicht dagesen! Aber ist es denn wahr?“

„Ich glaube es nicht,“ rief Alice.

Ein solcher Witz zuckte aus seinen Augen, eine ganz kleine Falte trat zwischen seine Brauen.

Er fragte hastig und ließ sich erzählen, was sie wußten. Dann schwieg er in ernstem Grübeln.

„Guten Sie es für möglich?“ fragte ihn der alte Herr.

„Aber es ist ja doch wohl eine Tatsache, Herr Kammerat?“

„Ach, ich meine dieses infame Gerede, er sei der Brandstifter! Davon kommt ja das ganze Unglück, wie mir scheint. Der Kerl soll ihn in eifersüchtiger Wut, „Mordbrenner“ geschimpft haben!“

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtssaal.

f Bromberg, 11. Januar. Schwurgericht. In der getrigen Sitzung wurde wegen wissenschaftlicher falscher Anschuldigung und wegen wissenschaftlichen Meineides gegen den Schneidermeister Stendel von hier verhandelt...

men und gerieten dort mit ihm bald wieder aneinander. Hierbei schlug Ruster den Breier ohne weiteres mit seinem Stock mehrmals über den Kopf...

Handelsnachrichten.

Berlin, 10. Januar. Wochenbericht der Reichsbank vom 7. Januar. Metallbestand (der Bestand an kunsfähigen deutschen Geld und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen)...

M. Alles per 714 Gr. per Tonne. - Gerste unverändert. Gehandelt ist inländische große 708 Gr. 139 M., 704 Gr. 140 M., weiß 692 Gr. 146 M., 698 Gr. 148 M., Gebalter...

Paris, 10. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Januar 23,35, per Februar 23,80, per März 24,25, per April 24,70, per Mai 25,15...

Leinen Einkauf auf die Gestaltung des hientigen Wollensverkehrs ausgeübt. Auf allen Gebieten sprach sich eine sehr deutlich ausgeprägte Geschäftslage aus...

Frankfurt a. M., 10. Januar. (Effekten-Bozengeld.) Oester. Kreditaktien 213,80, Berliner Handels-Gesellschaft - Diskontokontokorrent 194,90, Schaaffhausener Bankverein 144,90...

Table with multiple columns listing market prices for various goods like flour, oil, and other commodities. Includes sub-sections for 'Anteil Marktpreis-Notierungen' and 'Zarte Haut'.

f Bromberg, 11. Januar. Strafkammer. Gestern erschienen zunächst der Schneidermeister Karl Ruster und der Rasenwärter Rudolf Schilderbrandt...

Bromberg, 11. Januar. Amtl. Handelskammerbericht. Weizen 160-169 M., abfallende Qualität unter Notiz. - Roggen, je nach Qualität 120-130 M., feuchte abfallende Qualität unter Notiz...

London, 10. Januar. An der Rüste - Weizenladungen angeboten. - Wetter: Schön. Liverpool, 10. Januar. (Müllermarkt.) Weizen ruhig, unverändert; Mehl stetig, unverändert...

reine und weiche, nach welcher jede Dame verlangt, ergibt sich nicht nur durch das nicht fettende, in Myrrhologlycerin.

Table titled '2. Ziehung der 1. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.' containing lottery numbers and prize amounts.

Table titled '2. Ziehung der 1. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.' containing lottery numbers and prize amounts.

Table titled '2. Ziehung der 1. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.' containing lottery numbers and prize amounts.

Table titled '2. Ziehung der 1. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.' containing lottery numbers and prize amounts.

